



KPÖ 2
∞

PoDi

PolitikDirekt in die Leopoldstadt

Aktionswoche vom 25.9. bis 2.10.2009

Für eine Leopoldstadt ohne Rassismus!

"Leopoldstadt und anderswo" ist das Motto der antirassistischen Aktionswoche, die von 25.9. bis 2.10. stattfinden wird. Ausgehend von einem Antrag des KPÖ-Bezirksrates Josef Iraschko hat sich im 2. Bezirk einiges an Bündnisaktivitäten entfaltet, um rassismusfreie Zonen zu schaffen.

Dass die SPÖ sich nicht durchringen konnte, dabei zu sein, sondern als Ausrede die Beteiligung aller (!) Parteien forderte, zeigt den Unwillen der Sozialdemokratie, die Gefahr von Rechts zu bekämpfen. Die rechtsextremen Parteien lenken den berechtigten Unmut über das politische System

nach rechts ab, anstatt dieses selbst in Frage zu stellen. Das scheint der SPÖ willkommen zu sein. Die Ablehnung von Rechtsextremismus und Rassismus braucht aber deutliche Manifestationen. Wir sehen die Aktionswoche nicht bloß als kurze Demonstration, sondern als Auftakt zur ständigen Diskussion, wie wir ein friedliches, solidarisches Zusammenleben gestalten können. PoDi und die KPÖ Leopoldstadt laden deshalb zum Programm der "Antirassistischen Aktionswoche" ein. Wir fragen sicher nicht die FPÖ, ob wir das dürfen!



Am Titelbild: Das Aktionskomitee der "Rassismusfreien Zone Leopoldstadt": Bibi Haag, Gerald Grassl, Sonderpädagogisches Zentrum Schwarztingergasse, Uschi Lichtenegger, Dora Schimanko, Ursula und Franz Pfeifer, Melanie Carmann, Ute Bock, Josef Iraschko, Kurt Lhotzky. Foto: Martin Juen.

**Alle Infos & Termine zur "rassismusfreien Zone Leopoldstadt" auf den Seiten 6 bis 8! »
sowie unter: www.rassismusfreiezone.at**

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

"Die Krise ist vorbei", versuchen uns Politik und Medien einzureden. Die Krise kommt erst richtig dick, sagen hingegen nicht nur Linke, sondern auch Wirtschaftswissenschaftler. Und das trotz 10 Milliarden Euro für die Unternehmen und 100 Milliarden für die Banken, also für diejenigen, denen wir die Krise zu verdanken haben.



KPÖ-Bezirksrat Josef Iraschko

Angeblich um den Wettbewerb zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen.

Wie soll das denn gehen? Die Krise ist nicht nur eine Finanz- und Kreditkrise, sondern in erster Linie eine Überproduktions- und Verteilungskrise. Wozu Arbeitsplätze und großzügige Unternehmenssubventionen bei gleichzeitig unverkäuflichen Produkten? Um den Wettbewerb zu stärken, wird bei Sozialausgaben und Bildung gespart, sonst steuert angeblich unser ganzes System in den Untergang. Und wer will das schon?

Wir sagen: Geht's uns allen gut, dann geht's auch der Wirtschaft gut, umgekehrt hat sich der Spruch als Lüge erwiesen. Statt Dumping-Arbeitsplätzen für irgendeinen unkontrollierbaren "Wettbewerb" brauchen wir das bedingungslose Grundeinkommen. Unternehmens- und Spekulationsgewinne müssen rigoros besteuert werden, nur so kann die nächste Katastrophe verhindert werden!

Um solche Einsichten zu verhindern, werden Sündenböcke produziert, was den Druck und damit die Entsolidarisierung in der Gesellschaft verstärkt: in den letzten Wochen waren es die LehrerInnen, dann sind es wieder die PensionistInnen, dann die Frauen, die nicht zurück an den Herd wollen und natürlich die MigrantInnen.

Rassismus in allen Varianten ist die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite verzocken die neoliberalen Akteure schon wieder lustig unser Geld. Rassismus und Fremdenhass sind nur Vorboten und Aufhänger für eine Veränderung der Gesellschaft hin zu autoritären Strukturen, denn die Abzocker und die Konzerne kommen ganz gut mit einer gespaltenen Gesellschaft und ohne Demokratie aus.

Darum sind wir, die KPÖ-Leopoldstadt und PolDi (Politik direkt in die Leopoldstadt), in der Antirassismusbewegung im Bezirk aktiv. Und wir laden herzlich zur "Antirassistischen Aktionswoche Leopoldstadt", die von Freitag, 25. September bis zur Schlussveranstaltung am Freitag, 2. Oktober stattfindet, ein!

KPÖ-Bezirksrat Josef Iraschko und das PolDi-Team

Widerstand am Augartenspitz

Ein Erlebnisbericht der KPÖ-Leopoldstadt

Montag, 14. September 2009, 20 Uhr

Nach einem Treffen der KPÖ-Leopoldstadt gingen wir um ca. 20 Uhr zum Augartenspitz, um durch unsere Anwesenheit unsere Solidarität mit dem phantasievollen Widerstand gegen die unrechtmäßige Verbauung zum Ausdruck zu bringen.

Gegen 20:30 Uhr, nach einigen guten Gesprächen mit den Rettern des Augartenspitz kam es zu einem Tumult und ehe ich etwas erkennen konnte, sah ich, dass ein junger Mann, den ich (rein nach seiner äußeren Erscheinung - "alternativ" gekleidet) für einen Teilnehmer am Widerstand gehalten hatte, von den anderen umringt und nach heftigen Disputen (jedoch ohne Handgreiflichkeiten) in Richtung Ausgang begleitet wurde. Es stellte sich heraus, dass er ständig gezielt Fotos von den Anwesenden gemacht hatte und dass nun einige, über sein Verhalten misstrauisch geworden, zu Recht verlangten, dass er die eben illegal gemachten Fotos herausgucke. Was er nicht tat und weshalb die Situation zu eskalieren drohte.



Mit kreativem, barockem Protest kämpfen AnrainerInnen und AktivistInnen gegen die Zerstörung des Naherholungsraums Augarten. Foto: (c) Martin Juen

Und da geschah etwas Merkwürdiges, was offenbar nur ich, der noch immer beobachtend abseits saß, sehen konnte. Die meisten Menschen hatten sich während des Vorfalls zum Eingangstor gewandt, als der im Hintergrund gebliebene junge Mann sein Handy zückte und einige Sätze hineinsprach.

Keine Minute später, als hätte man auf sein Zeichen bereits gewartet, raste ein Polizeiwagen zum Eingang, worauf der Mann hinausging, sich zur Polizei gesellte und dort heftig auf die Beamten einredete. Es verging keine Viertelstunde, bis die gesamte Besatzung der Funkstreife plus einem Zivilen und dem scheinbar "Alternativen" in den Augartenbereich hineinging. Der - wie sich nun eindeutig herausstellte - Polizeispitzel zeigte auf einige Anwesende mit dem Finger, worauf diese vom leitenden Beamten aufgefordert wurden, ihre Ausweise zu zeigen: sie hätten eine strafrechtlich relevante Tat begangen: Nötigung, Freiheitsberaubung etc. und dies würde zur Anzeige gebracht. Ganz ernst kann das Ganze zwar nicht wirklich gemeint sein, denn in einem solchen Verfahren würde der Polizeispitzel sicherlich den Kürzeren ziehen, weil er illegal Fotos gemacht hatte und außerdem würde er dann wohl enttarnt werden.

Wir haben die Angelegenheit anschließend analysiert und kamen zu folgender Einschätzung:

1. mittels eines Polizeispitzels, der - offensichtlich von der Polizei beauftragt - den agent provocateur (jemand, der andere zu einer Straftat anstiften soll, um sie dann bestrafen zu können) spielte, sollte ein Vorwand für einen ansonsten kaum zu argumentierenden Polizeieinsatz konstruiert werden.

2. Die Augartenspitz-Schützer sollen verunsichert und eingeschüchtert werden und



Erst Bespitzelung, dann Polizeieinsatz: Undurchsichtige Schikanen gegen die Schützer des Augartenspitzes. Im Auftrag der Wiener Sängerknaben? Foto: (c) Martin Juen

3. wird hier offensichtlich eine sehr gezielte Eskalationsstrategie seitens der Polizei im Auftrag der Politik und ihrer investitionsfreudigen und machtpolitisch sehr potenten Hintermänner (Investor und Spekulant Pühringer sowie der neue Sängerknabenchef, frühere Wirtschaftskammer Wien-Chef und Busenfreund von Bürgermeister Häupl, Walter Nettig) betrieben.

Wo Recht zu Unrecht wird:

Kaum vorzustellen: ein früher für alle BürgerInnen begehbarer Naherholungsraum, also ein Recht, wird per Gemeinderatsbeschluss zu einer exterritorialen Zone, die zu betreten auf einmal ein Unrecht ist. Recht also ist zukünftig, wenn Naherholungsraum zerstört wird. Recht ist, wenn öffentliches Gut für privatwirtschaftliches Gewinnstreben



Das ist kein Schützer des Augartens, der das Protestgeschehen auf Video festhält. Ihre Auftraggeber wollen diese Herren nicht nennen. Foto: (c) Martin Juen

enteignet wird und wenn die Anrainer in Zukunft mit jahrelangem Baulärm und dann mit einem für diese Gegend unverhältnismäßig hohen Verkehrsaufkommen drangsaliert werden. Recht ist, wenn die angegebenen Spekulationsmillionen für die Investitionen nicht ausreichen werden und dann der öffentlichen Hand einmal mehr in die Kassa gegriffen wird. Recht ist, wenn der Betrieb der geplanten Sängerknaben-Konzerthalle auf Grund mangelnden Bedarfs und Auslastung längerfristig zu einer Subventionsruine wird, die heutigen Spekulanten verschwunden sein werden und wiederum die SteuerzahlerInnen die hohen zukünftigen Betriebs- und Betreiberkosten bezahlen. Recht ist also das, was etwa 5% der Bevölkerung gegen 95 % durchsetzen wollen, es ist "bürgerliches" Recht, das Recht einer kleinen, rücksichtslosen Minderheit!

Unrecht demnach ist: Naherholungsraum erhalten oder sogar erweitern zu wollen. Unrecht ist, die Bevölkerung vor den Anmaßungen der Geldsäcke zu schützen. Unrecht ist, dem weiteren Verbau des Augartens einen Riegel vorzuschieben. Unrecht ist, die gesamte Gegend um den Augarten vor Wohnungs- und Bodenspekulation zu schützen. Es ist das Unrecht der Mehrheit!

Es ist wichtig, dass der Strategie der Herrschenden so viele Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden wie nur möglich. Deshalb sind alle aufgefordert, für ihre Naherholung besonders den Augartenspitz stark zu frequentieren und so dazu beizutragen, dass uns dieses Gebiet als Naherholung erhalten bleibt, denn: wo Unrecht zu Recht wird, da wird Widerstand zu Pflicht!

P.S. Am Mittwoch, 16.9. hat Sängerknaben-Chef Nettig die Räumungsklage gegen die Besetzerinnen eingebracht. ■

Gleichmacherische Empfehlungen

"Arbeiten gehen" macht frei!

von Kosmonaut

Eine ausgewogene Meinung ist dann gegeben, wenn man Hetzer und ihre Kritiker gleichermaßen zu Wort kommen lässt. Das dachte sich wohl ein Wiener Bezirksblatt. In der Beilage der Leopoldstädter Bezirkszeitung „bz“ vom 9.9.09, bemüht die Bezirks-FPÖ einen Schlager, der sowohl im Faschismus, als auch in der Demokratie gleichermaßen Zustimmung findet, womit sie die Titelseite der selben Ausgabe mit der Headline „Gegen Hetzparolen!“ und die Vorstellung der Aktion „Rassismusfreie Leopoldstadt“ ganz im Sinne des Meinungspluralismus konterkariert.

Die übliche Ausländerfeindlichkeit wird durch eine Hatz auf Linke, genauer auf Leute, die in Bauhütten auf einem Wagenplatz leben, ergänzt. „Die Camper sollen arbeiten gehen und sich mit dem verdienten Geld um eine Wohnung kümmern, anstatt sich auf Kosten der Steuerzahler ein lustiges Leben zu machen“, empfiehlt der FP-Bezirksrat Seidl den Wagenplatzbewohnern, die vorübergehend im 2. Bezirk campieren.

Einen Arbeitsplatz zu haben, „arbeiten gehen“ zu können sei das größte Glück, dass einem Durchschnittsmenschen passieren kann, heißt es allenthalben. In Wahlkämpfen wird die Sicherung und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen als DAS zentrale Angebot an das Wahlvolk propagiert, was von den Wählern ebenso gesehen und honoriert wird.

In der kapitalistischen Gesellschaft ist ein Arbeitsplatz tatsächlich die Voraussetzung, seine Bedürfnisse befriedigen zu können und zwar deswegen, weil sämtliche Bedürfnisbefriedigung nur gegen Geld zu haben ist und man ausschließlich an einem Arbeitsplatz das dafür notwendige Geld

verdienen kann. Der Witz dabei, der niemandem auffallen will, ist: Diese Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass die Leute erst einmal von allen Lebensmitteln getrennt, d. h. enteignet sind und sie dann einen Platz angeboten bekommen, wo sie sich das Geld verdienen können, um sich die notwendigen Lebensmittel kaufen zu können. Ob sie einen Arbeitsplatz bekommen, hängt auch nicht von ihrem ihnen aufgezwungenen Geldbedürfnis, sondern von der Profitaussicht der wirklichen Arbeitsplatzbesitzer ab. Wer die Arbeitsleistung nicht erbringt oder erbringen kann, ist von (Ver-)Hungern und Obdachlosigkeit bedroht, denn die Frage des (Über-)Lebens ist von der Summe Geldes abhängig, über die einer verfügt. Dieses „Schicksal“ droht den Arbeitenden ein Leben lang, dafür sorgt schon das Damoklesschwert in Form des Lohns. Am Geld gehen grundlegende Bedürfnisse auf oder zuschanden. Dieser Aberwitz funktioniert, weil die Leute die erpresste Notlage als Selbstverständlichkeit betrachten, anstatt Kritik hervorzurufen. Nur so erscheint ihnen dann ein Arbeitsplatz als Glücksfall. „Arbeiten gehen“ macht dann so frei, „sich mit dem verdienten Geld um eine Wohnung kümmern“ zu können.

Indem nun Seidl das „arbeiten gehen“ als die Drohung ausspricht, die es ist, kehrt er um, was ansonsten von allen Parteien und der Öffentlichkeit als Glück gepriesen wird, und spricht damit ein Stück Wahrheit aus. Es ist tatsächlich ein Pech und kein Glück, einen Arbeitsplatz haben zu müssen. Wer „arbeiten gehen“ muss, ist nicht zu beneiden, das weiß auch jeder Bürger und versucht sich an die gesellschaftliche Zwangslage anzupassen. „Arbeiten gehen“ ist das Gegenteil eines „lustigen Lebens“, da hat Seidl Recht, aber sein Hinweis auf die Wirklichkeit ist keine Kritik solch brutaler Zustände, denn wenn „arbeiten gehen“ angenehm wäre, braucht man es niemandem empfehlen. Das wünscht man nicht seinen Freunden, sondern seinen Feinden an den Hals!

Das Angebot Seidls ans Wahlvolk lautet: Euch geht's beschissen, weil ihr „arbeiten gehen“ müsst. Daran will ich gar nichts ändern, aber ich setz' mich dafür ein, dass es anderen auch schlecht gehen soll! Was für euch gilt, soll auch für andere gelten, die sollen auch kein „lustiges Leben“ haben! Wenn nötig, mit Zwang. Die Mär von den Steuerzahlern, also von den Leuten, die „arbeiten gehen“ und auf deren Kosten die Camper angeblich ein „lustiges Leben“ führen, gibt der Hetze den letzten Schliff. Er kann sich darauf verlassen, dass das Wahlvolk lieber gegen diejenigen vorgeht, die angeblich nicht so beschissen leben, wie sie selbst, als gegen die Zustände, die das „arbeiten gehen“ so ungemütlich machen. ■

Link-Empfehlung: <http://www.wagenplatz.at>



Aufgeblättert: Die Übliche Hetze der FPÖ. Foto: (c) Martin Juen

Der Wohnungsmarkt ist rassistisch geteilt

von Doris Schlager

In unseren Beratungen müssen wir immer wieder feststellen: der Wohnungsmarkt ist rassistisch geteilt. Gemeindewohnungen werden nur an EU-StaatsbürgerInnen vergeben. Die Fremdenpolizei macht die Aufenthaltserlaubnis von der Existenz eines schriftlichen Mietvertrags abhängig. Nach wie vor vermieten viele VermieterInnen aus rassistischen Motiven ihre Wohnungen nicht an Menschen mit dunklerer Hautfarbe.

Manche VermieterInnen machen gute Geschäfte diesen diskriminierten Menschen. Immer wieder müssen wir feststellen, dass die Wohnungen noch teurer vermietet, noch weniger instandgehalten werden oder die gesetzlichen Rechte der MieterInnen noch gründlicher missachtet werden. Entgegen den Vermutungen einiger

verwirrter Geister verschafft das inländischen MieterInnen aber keinen Konkurrenzvorteil gegenüber MigrantInnen am Wohnungsmarkt, sondern verteuert im Gegenteil über Marktmechanismen die Wohnungen für alle. Auch für MieterInnen gilt: sich gegeneinander ausspielen lassen heißt sich selber schaden.

Deshalb wird die MieterInneninitiative am 2. Oktober zwischen 17 und 19 Uhr bei der Abschlusskundgebung kostenlose Mietrechtsberatung für alle LeopoldstädterInnen jeglicher Herkunft anbieten. Es werden DolmetscherInnen für Türkisch und Serbokroatisch anwesend sein. ■



Foto: (c) Douglas Sprott

MieterInnen-Initiative



- kostenlose Mietrechtsberatung
- Rechtshilfefonds für einkommenschwache MieterInnen
- Schulungskurse im Mietrecht

Liechtensteinstr. 123/20, 1090 Wien, Telefon:
01/319 44 86, Email: office@mieterinnen.org,
<http://mieterinnen.org>

Die wunderbare Arbeitsplatz-Vermehrung

von Josef Iraschko

Gerhard Kubik, Bezirksvorsteher im 2. Bezirk, kann sich vor Eigenlob in seinen kostenlosen Propaganda-Kolumnen in diversen Bezirkszeitungen nicht mehr einkriegen: ÖBB-Zentrale am Praterstern, OMV-Zentrale beim Prater, Wirtschaftsuni etc. Da wird mit Arbeitsplatz-Zahlen nur so herumjongliert, hier mal 1.500, dort wieder 4000. Ganz nach dem Motto: "Seht doch her, Leute, was unsere Bezirks-SPÖ trotz Krise nicht alles leistet!"

Was steckt aber hinter diesen beeindruckenden Zahlen? Werden hier wirklich neue - oder sagen wir es genauer - zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen? Die Jubelmeldungen wollen das vermitteln und Kubiks Stellvertreter, Manfred Junek, der lange Zeit schon die Wirtschafts- und Finanzgeschicke im Bezirk lenkt, wird sowohl im Finanzausschuss als auch in der Bezirksvertretung kritische Fragen wie gewohnt zum Schweigen bringen.

Als Kommunist und Marxist sehe ich angesichts des Niedergangs des neoliberalen kapitalistischen Systems die Sache anders: wenn Konzerne wie ÖBB und OMV ihre bisher dezentral verteilten Standorte zusammenfassen, dann tun sie das nicht, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern sie tun es gerade in Krisenzeiten mit dem Ziel, möglichst viele Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Was nicht erwähnt wird: Arbeitsplätze, die sie jetzt in einer einzigen Zentrale (zum "Glück" in der Leopoldstadt!) konzentrieren, fehlen in anderen Bezirken, samt der dort durch diese Arbeitsplätze ermöglichten Wertschöpfung für Kleingewerbetreibende und Nahversorger. Es lässt sich also mit Sicherheit sagen, dass nach den "Umstrukturierungen" insgesamt weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stehen werden als vorher, die Umbauphase einmal ausgenommen. Dass die mit der Stadtregierung verfilzte Wiener Beton- und Baumaafia samt ihren Projektentwicklern durch die Planung und Errichtung der Gebäude ihre Schäfchen, sprich Extraprofit, bereits im Trockenen hat, muss nicht extra betont werden. Und wieviele versteckte Subventionen aus Steuergeldern geflossen sind, werden wir wohl nie erfahren.

Was sollen also die Jubelmeldungen der Bezirkspolitik? Handelt es sich um bewusste Falschmeldungen zur Irreführung der Bevölkerung oder zeugen sie nur von mangelnder Sachkenntnis über die einfachsten Grundlagen kapitalistischen Wirtschaftens?

Nun, der/die kritische Leser/in möge sich selbst ein Urteil bilden. Ich selbst wäre ausnahmsweise froh, wenn ich mich in meinem irrete. ■

Finanzkrise und rechter Aufschwung

Sündenböcke & Popanze

Wirtschaftskrisen gehören zum kapitalistischen System, wie das berühmte Salz zur Suppe. Sie sind - wie wir aus den Medien erfahren - nicht Ausnahmen, sondern die Regel. Und wenn das für Unruhe sorgt, dann werden Sündenböcke konstruiert, um die Bevölkerung systematisch gegeneinander aufzuhetzen.

Es muss ja selbst Kleingeistern auffallen: Jede rassistische und nationalistische Blähung von FPÖ/BZÖ füllt tagelang die mediale Berichterstattung. Kritische Äußerungen zum kapitalistischen System angesichts der Finanzkrise kommen faktisch nicht vor oder werden als idealistisch und sachfremd diskreditiert.

Ultrakonservative bis rechtsextreme Kreise haben gerade in Krisenzeiten des Kapitalismus Hochkonjunktur. Es wäre falsch, diese Parteien pauschal als faschistisch zu bezeichnen - das wäre eine grobe Geschichtsverharmlosung - aber ihr historisch überholter Nationalismus, ihr Rassismus, Antisemitismus und ihre Fremdenfeindlichkeit bereiten den geistigen Nährboden und die Akzeptanz für eine demokratiefeindliche Denkweise - und das sehen sie auch als ihre Aufgabe. Heute sind die ImmigrantInnen und die nicht angepassten Jugendlichen (z.B. Punks) die Zielscheibe einer solchen Politik, morgen vielleicht schon Menschen mit Behinderung, PensionistInnen, Linke, Frauen, kritische KatholikInnen, SozialdemokratInnen und KommunistInnen.

Die völlig unhaltbaren, gezielt irreführenden Erklärungsmuster der politischen Rechten in Zeiten der Krise, lenken von der eigentlichen Ursache, dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, ab. Sündenböcke sind hingegen das Um und Auf. Je mehr aber sich die verschiedenen Bevölkerungsschichten gegeneinander wenden, desto leichter fällt den Mächtigen die weitere

Machtausübung (Teile und Herrsche!) und die noch unverschämtere Ausbeutung der arbeitenden Menschen. In der Konsequenz aber richtet sich der politische Hauptstoß in Zeiten der Krise gegen diejenigen, die auf Grund ihres wissenschaftlich fundierten Antikapitalismus nicht zu täuschen sind, nämlich die MarxistInnen und KommunistInnen. So haben beispielsweise die Rechtsextremen aller Länder keinerlei Behrungsängste gegenüber nationalistischen ImmigrantInnengruppen, im Gegensatz zur eigenen "offiziellen" ausländerInnenfeindlichen Hetze. Es vereint sie ein gemeinsamer Gegner: jene, die Solidarität, Internationalismus, soziale Gerechtigkeit und Demokratie auf ihre Fahnen geheftet haben.

FPÖ/BZÖ & Co. sind die eigentlichen Stichwortgeber und Profiteure der neoliberal organisierten Kapitalherrschaft. Leider hat auch die Sozialdemokratie aus ihrer eigenen Geschichte nichts gelernt: nach Rechts offen wie ein Scheunentor, jederzeit bereit zu beschwichtigen und nachzugeben, aber nach Links wird gemauert so gut es geht! Die Führung der SPÖ verfolgt angesichts des weiterhin starken, geschichtlich bedingten Antifaschismus bei ihren jungen und alten AnhängerInnen eine besonders schändliche Strategie: einerseits tut sie nicht wirklich etwas gegen die rechtsextremistischen Strömungen, andererseits aber nutzt sie die Vorbehalte und Ängste dagegen aus, um diejenigen zur Loyalität gegenüber der Partei zu zwingen, die schon längst nach links abgewandert wären. Der Rechtsextremismus erfüllt damit die Funktion eines Popanz: denn wer wie die Sozialdemokratie von Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit spricht und nicht vom Kapitalismus reden will, der stellt in Wirklichkeit keine Gefahr gegen den Rechtsextremismus dar. (J.I.) ■

Programm zur Aktionswoche "Rassismusfreie Zone" - Leopoldstadt und Anderswo:

• Freitag, 25.9.

19h: Offizieller Start der Aktionswoche
"Rassismusfreie Zone Leopoldstadt und anderswo"
mit der Vorstellung des Programms, Café Sperlhof,
Große Sperlgasse 41

• Samstag, 26.9.

10h: Spaziergang "Jüdische Sagen", Treffpunkt
Gasthaus BieRRitteR, Fruchtgasse 1
14h: AGORA, Kunst gegen Rassismus,
Donaukanalufer zwischen Aspern- und
Schwedenbrücke
14-22h: Mulatság - original siebenbürgisches
Tanzhaus mit Fekete András und der Gruppe
Kislaptáros, Augartenspitze, Obere Augartenstraße
1, Info: www.erlustigung.org
17h: Filmabend und Diskussion zum Thema

Rassismus, Filmarchiv Austria, Obere
Augartenstraße 1

• Sonntag, 27.9.

10h: Geschichtsfrühstück mit Prof. Hans König:
AARONS RING (anschließend Bezirksrundgang),
Literaturbuffet Lhotzky, Rotensterngasse 2
16h: Friedensgottesdienst gegen Rassismus,
Feindlichkeit, Ausgrenzung mit Pater Mario Maggi &
Prof. Lisa Schüller (KIK - Kunst in der Kirche),
Anschließend AGAPE, Kirche am Mexikoplatz

• Montag, 28.9.

19h: Lesung: Dora Schimanko und Rosa Neubauer,
Lieder von Susi Trendov, Café Sperlhof, Große
Sperlgasse 41

Aktionswoche vom 25.9.-2.10.2009

Kein Platz für Rassismus in der Leopoldstadt!

KPÖ-Bezirksrat Josef Iraschko beantragte in der Sitzung der Bezirksvertretung vom 28.10.2008, im Bezirk eine breite öffentliche Kampagne gegen Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Verhetzung zu führen. Das Jahr 2009 sollte zu einem Jahr der Auseinandersetzung um die Themen Rassismus, Fremden- und Frauenfeindlichkeit werden. Der Antrag wurde in dieser BV-Sitzung zur weiteren Konkretisierung an die Kulturkommission verwiesen.

In der darauf folgenden Sitzung der Kulturkommission wurden eine Vertreterin von ZARA eingeladen und drei Kurzfilme von ZARA zum Thema Zivilcourage gezeigt und diskutiert. Weitere bezirksoffizielle Aktivitäten unterblieben jedoch, sodass die Zuweisung an die Kulturkommission eher einem "ehrenden Begräbnis" gleichkam.

Am 18.5.2009 fand ein Treffen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Parteien und Einzelpersonen statt, bei dem zunächst Vorschläge für einen "Antirassistischen Aktionstag Leopoldstadt" gemacht wurden, der unter Federführung des Leopoldstädter Vereins "Werkkreis Literatur der Arbeitswelt" durchgeführt werden sollte. Bei einem weiteren Treffen am 8.6.2009 wurde auf Grund der äußerst positiven Resonanz die Idee einer "Antirassistischen Aktionswoche Leopoldstadt" entwickelt. Diese wird nun von Freitag, 25.9. bis Freitag, 2.10.2009 an verschiedenen Orten im Bezirk stattfinden. Am Freitag, 2.10.2009 findet abschließend ein großes Informationsfest aller Beteiligten am Karmeliterplatz statt.

Für die Organisation wurde ein Personenkomitee eingerichtet. BR Iraschko wurde beauftragt, ausdrücklich



Pressekonferenz zur Antirassistischen Aktionswoche: Ute Bock, Melanie Carmann, BR Josef Iraschko. Foto: (c) Martin Juen

alle politischen Fraktionen der Bezirksvertretung Leopoldstadt zur Teilnahme einzuladen. Der daraufhin erfolgte Antrag zur BV vom 16.6.2009 wurde wegen angeblicher Formfehler (Die Interpretationsmacht liegt hierbei in Händen der Mehrheitsfraktion SPÖ!) nicht zur BV zugelassen. Angeblich deswegen, weil auch die FPÖ hätte zustimmen müssen. Eine äußerst fragwürdige Begründung!

Diese Umstände ließen das Personenkomitee jedoch nicht verzweifeln, sondern beflügelten die Vorbereitungen sogar noch. Es ist auch zu begrüßen, dass die Bezirks-Grünen sich sehr engagiert beteiligen. Wir laden zur Antirassistischen Aktionswoche herzlich ein! ■

• Dienstag, 29.9.

10h: Renate Welsh: „... und raus bist du...“, Städtische Bücherei, Zirkusgasse 3

17h: Führung "Steine der Erinnerung", Anmeldung 0699/19251524, walter.juraschek@chello.at, Treffpunkt Tempelgasse 5

• Mittwoch, 30.9.

19h: Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Lesung/Diskussion: Rassismusfreie Stammtische!, Gasthaus Sudy, Schüttelstraße 5

• Donnerstag, 1.10.

19h: Ute Bock im Gespräch über den Alltag ihrer Initiative, Armenische Lieder und russische Romanzen, Café/Bar Einfahrt, Haidgasse 3, Karmelitermarkt

• Freitag, 2.10.

10-19h: Abschlussveranstaltung mit

Kulturprogramm und Diskussion, Karmeliterplatz, Moderation: Leo Lukas (Detailprogramm siehe Seite 8)

Täglich 20h: Ausklang mit Diskussion und (Live-)Musik in den Lokalen: Gasthaus Hansy, Praterstern (Schrammelmusik "Wiener Mischkulanz"), Café/Bar Einfahrt, Haidgasse 3 ("African Feeling"), Gasthaus BieRRitteR, Fruchtgasse 1 (James Cottriall-Band)

Täglich 22h: menschen, menschen san ma alle: Videoanimation & mehr im Nachtprogramm. Xi Café & Bar, Pazmanitengasse 15

Ehrenschatz: Kulturstadtrat Dr. Andreas Mailath-Pokorny

Programmänderungen vorbehalten!

Rassismusfreie Zone Leopoldstadt

Ein Zeichen gegen Rassismus & Ausgrenzung: Aktionstag 2.10.2009

10-19 Uhr, Karmeliterplatz, 1020 Wien



Programm:

Kultur- und Kinderprogramm, Diskussion, Infostände, Kulinarisches.

Moderation: Leo Lukas

9:55 Eröffnung mit dem Werkkreis Literatur der Arbeitswelt & James Cottriall Band (alte englische Folksongs)

10:25 Lesung "An die Nachgeborenen"

10:30 Performance SPZ 2 - Musical

11:00, 12:00, 13:00 Im Stundentakt stellen sich antirassistische Initiativen vor, begleitet von Musik, Performance, Lesungen, Musical: Sozialpädagogisches Zentrum Leopoldstadt, ZARA, Steine der Erinnerung, SOS Mitmensch, Ehe ohne Grenzen, MieterInneninitiative, Wagenplatz Hafenstraße, KAMA, Baustopp Augartenspitz u.v.a., dazwischen um **11:30, 12:30, 13:30** Performance

14:00 Vorstellung Integrationshaus

14:30 Lesung "Frau Direktor ist tot", mit: Ingrid Rencher

15:00 Runder Tisch "Rassismusfreie Zonen". Eingeladen wurden Vertreter aller Parteien

16:00 Vorstellung "Steine der Erinnerung", **16:30** Performance

17:00 Vorstellung MieterInneninitiative

18:00 Ute Bock, **18:30** Performance

19:00 Abschlussrede, Konzert

Die VOLKSSTIMME ist wieder da!
Bestellen unter www.volksstimme.at



Ja, ich will PolDi!

Bitte ankreuzen:

- ☐ Schickt mir die nächste PolDi-Ausgabe kostenlos zu!
- ☐ Nehmt mich in euren Email-Verteiler auf!
- ☐ Ich möchte aktiv werden, ruft mich an!



Vorname: _____
Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Email: _____
Tel.: _____

Abschnitt einsenden an: PolDi/KPÖ Leopoldstadt, Nestroyplatz 1, 1020 Wien oder bei den KPÖ-AktivistInnen abgeben!

Jetzt PolDi unterstützen!

Kto.: 00604217604 BLZ 12000, Zweck: "Spende"